

Klimaschutz kommt billiger als Erderwärmung

Forscher fordern Verminderung der Treibhausgase durch Energiesparen und Einsatz von Biomasse

Potsdam (dpa) - Der Klimaschutz ist einer Studie zufolge wesentlich billiger als ein ungebremster Klimawandel. Weniger als ein Prozent der weltweiten Wirtschaftsleistung würde es kosten, den Klimawandel zu stoppen. Das ergaben neue Forschungsergebnisse, die Kli-

maexperten, Ökonomen und Politiker bei einem Kongress am Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK) vorgestellt haben. Schäden durch unterlassenen Klimaschutz könnten dagegen zehn Prozent der Wirtschaftsleistung ausmachen, erklärte der Präsident des Um-

weltbundesamtes, Andreas Troge. Nur ein sofortiges Handeln könne nach Einschätzung des Behördenchefs den wirtschaftlichen Schaden abwenden. »Es ist auch wirtschaftlich vertretbar, den globalen Ausstoß von Treibhausgasen bis Mitte des Jahrhunderts um 50 Prozent im Vergleich zu 1990 zu senken«, sagte Troge. Durch technischen Fortschritt sei das Ziel der EU, die globale Erwärmung auf zwei Grad Celsius zu begrenzen, relativ kostengünstig realisierbar, bestätigte PIK-Ökonom Ottmar Edenhofer.

»Das Zwei-Grad-Ziel setzt voraus, dass wir gegen Ende des Jahrhunderts eine emissionsfreie Weltwirtschaft erreicht haben«, sagte Edenhofer. Die wichtigsten Optionen zur Verminderung von Treibhausgasen wie Kohlendioxid seien die Senkung des Energieverbrauchs und der Einsatz erneuerbarer Energien. Große Hoffnungen würden beispielsweise in den großflächigen Einsatz von Biomasse gesetzt. Diskutiert würden auch das Einfangen und unterirdische Einlagern von Kohlendioxid und die Rolle der Atomkraft.

»Das Klimaproblem ist außerordentlich dramatisch, dementsprechend sind auch radikale Maßnahmen notwendig«, erklärte PIK-Präsident Hans Joachim Schellnhuber. Sollte die Erderwärmung über die zwei Grad hinaus gehen, ginge es nicht mehr um volkswirtschaftliche Schäden, sondern um unbeherrschbare Risiken für das Leben der Menschen. Deshalb sei ein Klimaabkommen wichtig, dass über die Kyoto-Vereinbarung hinausgeht und bei dem nicht nur die Industriestaaten einbezogen werden. Es werde außerdem darauf ankommen, dass der Emissionshandel durch eine gezielte Förderung von Technologien ersetzt werde.